

Beschluss Nr. 703/2026

Schwyz, 22. September 2026 / ju

Interpellation I 13/26: Strategie Winterstromversorgung: Heimfall Wägital, strategische Beteiligungen (KKW Gösgen) und Erneuerbare
Beantwortung

1. Wortlaut der Interpellation

Am 21. April 2026 haben Kantonsrat Reto Keller und fünf Mitunterzeichner folgende Interpellation eingereicht:

«Ausgangslage: Gemäss Art. 89 der Bundesverfassung setzen sich Bund und Kantone für eine ausreichende, breit gefächerte, sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung ein. Es liegt im direkten Interesse eines attraktiven Kantons, diesen Auftrag aktiv wahrzunehmen, denn günstiger und verlässlicher Strom ist ein entscheidender Standortfaktor.

Gleichzeitig stehen wir vor einem gravierenden strukturellen Problem: Der Schweiz fehlt es an verlässlichem Winterstrom. Da unser Gewerbe, die Industrie, der Wintertourismus und in zunehmendem Masse die Mobilität sowie die Informationstechnologie (künstliche Intelligenz) zwingend auf wetterunabhängige Bandenergie angewiesen sind und sich diese Versorgungslücke künftig weiter verschärft, muss der Kanton Schwyz eine weitsichtige Energiestrategie verfolgen. Dabei stehen aktuell mehrere historische Weichenstellungen im Raum:

- *Der Heimfall des Kraftwerks Wägital (2040) und seine Limiten im Winter. Die Konzession für das Kraftwerk Wägital (Eigentümer zu je 50%: Axpo und Stadt Zürich/ewz) läuft 2040 ab. Der Regierungsrat hat in der Beantwortung früherer Vorstösse durchblicken lassen, dass der Heimfall an den Bezirk March für ihn eine ernsthafte Option darstellt. Es fehlt jedoch eine konkrete Vision zur künftigen Organisation. Zudem stellt sich die kritische Frage, welchen echten Beitrag das Wägital zur Schliessung der drohenden Winterstromlücke überhaupt leisten kann, zumal Wasserkraft mindestens teilweise wetterabhängig ist und künftige Restwasservorschriften das Produktionspotenzial im Winter absehbar zusätzlich einschränken dürften.*
- *Strategische Marktopportunitäten: Zürcher Beteiligung am KKW Gösgen. Die Stadt Zürich (ewz) ist politisch gezwungen, aus der Kernenergie auszusteigen und beabsichtigt, ihre 15-Prozent-Beteiligung am Kernkraftwerk Gösgen (KKG) abzustossen. Diese 15% entsprechen*

einer Jahresproduktion von ca. 1'200°GWh zu sehr tiefen Gestehungskosten (ca. 4,5°Rp./kWh) – produziert durch eine bestehende Infrastruktur, die exakt dann Bandenergie liefert, wenn die Schwyzer Wirtschaft sie im Winter am dringendsten benötigt. Für den Kanton Schwyz bietet sich hier eine Marktopportunität. Ein Erwerb der Anteile durch den Kanton Schwyz könnte so strukturiert werden, dass die Bandenergie am Markt verkauft wird und die Gewinne (ca. 18°Mio Franken pro Jahr) zweckgebunden in eine pauschale, massive Senkung der Netznutzungsentgelte für alle Schwyzer Bürger und das Gewerbe fliessen (Stromnetzkosten-Senkungs-Modell). Bei realistischen Marktpreisen könnten die Netzkosten so um ca. 1.5°Rappen pro Kilowattstunde gesenkt werden. Dies entspräche einer konkreten jährlichen Entlastung von rund 75°Franken für einen privaten Durchschnittshaushalt, bis zu 15'000°Franken für ein produzierendes KMU (Verbrauch 1GWh) und über 18'000°Franken für Skigebiete wie das Hoch-Ybrig, allein für den Bahnbetrieb.

- *Ausbau Erneuerbare: Windenergie, alpine Photovoltaik und Geothermie. Um die Winterstromlücke zu schliessen, wird oft auf Windenergie und freistehende alpine Solaranlagen verwiesen. Die topografischen und besiedlungstechnischen Realitäten im Kanton Schwyz (z.B. Landschaftsschutz) stellen diese Ausbaupotenziale jedoch vor erhebliche Hürden. Als weitere Option wird aktuell im Kanton der Untergrund für mögliche Tiefengeothermie-Projekte erhoben, wobei hier erste Resultate nicht vor Ende 2026 erwartet werden. Es stellt sich die Frage, wie zeitnah und realistisch diese heimischen Potenziale wirklich sind, und ob sie den akuten Bedarf an Bandenergie im Winter zu decken vermögen.*

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Verfassungsauftrag und Rolle des Kantons: Wie sieht der Regierungsrat seine Zuständigkeit respektive seine konkrete Rolle, um gemäss Art. 89 der Bundesverfassung eine sichere und wirtschaftliche Energieversorgung für den Kanton Schwyz zu gewährleisten?*
- 2. Heimfall Wägital und Winterstrom: Wie könnte ein Heimfall des Kraftwerks Wägital (2040) bezüglich der künftigen Organisation und Trägerschaft (z.B. Gründung einer kantonalen Gesellschaft) konkret ausgestaltet werden? Teilt der Regierungsrat die Einschätzung, dass die Kapazitäten des Wägitals – auch bei einer Übernahme – nicht ausreichend und zu stark witterungsabhängig sind, der Winterstromlücke entgegenzuwirken?*
- 3. Opportunität KKG-Anteile: Ist der Regierungsrat bereit, den Kauf der Zürcher 15-Prozent-Beteiligung am Kernkraftwerk Gösgen als verlässliche Quelle für Winterstrom ernsthaft zu prüfen, insbesondere mit dem Ziel, die daraus resultierenden Erträge für eine flächendeckende Senkung der Schwyzer Netzkosten (für Haushalte, KMU und Tourismus) einzusetzen?*
- 4. Kantonale Produktion (Wind, Solar, Geothermie): Wie beurteilt der Regierungsrat das realistisch realisierbare Potenzial von Windenergie (unter Berücksichtigung von Abstandsregeln zu Wohngebäuden im Windgebiet) und alpinen Solaranlagen im Kanton Schwyz? Wie ordnet er zudem die zeitliche und technologische Machbarkeit der Tiefengeothermie ein, deren erste Messresultate frühestens Ende 2026 vorliegen, um die Winterstromlücke in absehbarer Zeit verlässlich und in relevanter Menge zu schliessen?*
- 5. Struktur der Stromversorgung: Erachtet der Regierungsrat die aktuelle, historisch gewachsene Struktur mit den vielen kleinteiligen Verteilnetzbetreibern im Kanton Schwyz als zeitgemäss und optimal aufgestellt, um in Zukunft eine wirtschaftliche und sichere Stromversorgung zu gewährleisten?»*

2. Antwort des Regierungsrates

2.1 Allgemeine Bemerkungen

Der notwendige Umbau der Energieversorgung auf eine nachhaltige und sichere Energieversorgung, welche den Klimazielen gerecht wird und gleichzeitig unabhängiger und wirtschaftlich sein

soll, stellt eine grosse Herausforderung dar. Bis im Jahr 2050 soll der fossile Anteil im Gebäude- und Mobilitätssektor substituiert werden, was den Strombedarf künftig erhöhen wird. Die Versorgungssicherheit stellt ein grossräumiges Risiko dar und kann nicht kleinräumig gelöst werden. Für eine sichere Stromversorgung der Schweiz werden in Politik, Wissenschaft, Netzplanung und Energiewirtschaft im Wesentlichen sieben Rahmenbedingungen als entscheidend angesehen.

2.1.1 Ausreichende gesicherte Winterproduktion

Die grösste Herausforderung der Schweiz ist an sich nicht der jährliche Strombedarf, sondern die Versorgung im Winter. Im Winterhalbjahr ist der Stromverbrauch höher, gleichzeitig produzieren Laufwasserkraftwerke und Photovoltaikanlagen weniger Strom. Die Schweiz ist deshalb im Winterhalbjahr auf Importe angewiesen. Für die Gewährleistung der Versorgungssicherheit sind insbesondere Speicherkraftwerke und Pumpspeicherwerke, Winter-Photovoltaikanlagen (alpine Solaranlagen), flexible Reservekapazitäten sowie die bestehenden Kernkraftwerke von Bedeutung, sofern deren sicherer Betrieb weiterhin gewährleistet ist.

2.1.2 Ausbau der inländischen Stromproduktion

Der Strombedarf durch Elektrifizierung nimmt zu. Daher muss die Produktion stärker wachsen als der heutige Verbrauch. Wichtige Quellen sind Wasserkraft, Photovoltaik, Windenergie, Biomasse, Verlängerung der Konzessionen für Kernkraftwerke und gegebenenfalls neue Kernenergietechnologien in ferner Zukunft.

2.1.3 Erhalt und Ausbau der Wasserkraft

Die Wasserkraft bleibt das Rückgrat der Schweizer Stromversorgung. Die Wasserkraft in der Schweiz liefert rund 55–60 % der jährlichen Stromproduktion und einen deutlich höheren Anteil an der flexibel verfügbaren Leistung. Besonders wichtig sind Speicherseen, Pumpspeicherwerke und die Effizienzsteigerungen bestehender Anlagen.

2.1.4 Genügend Netzkapazitäten

Mehr Produktion allein genügt nicht. Die Netzentwicklung gilt heute als einer der grössten Engpässe der Energiewende. Die nationale Verantwortung liegt bei Swissgrid. Es braucht vor allem genügend Netzkapazitäten, was durch die Verstärkung der Übertragungsnetze, den Ausbau regionaler Verteilnetze, der Digitalisierung der Netze, den Ausbau von Smart Metern und einem Lastmanagement erreicht werden kann.

2.1.5 Gute Einbindung in den europäischen Strommarkt

Die Schweiz liegt im Zentrum des europäischen Verbundnetzes. Eine sichere Versorgung hängt deshalb auch von grenzüberschreitenden Leitungen, Stromhandelsmöglichkeiten und der Koordination mit den europäischen Netzbetreibern ab. Besonders wichtig ist eine langfristig stabile Regelung der Beziehungen zum europäischen Strombinnenmarkt. Die Schweiz ist an 41 Punkten mit dem europäischen Netz verbunden. Ein rein schweizerisches Stromnetz existiert nicht.

2.1.6 Speicher und Flexibilität

Mit zunehmendem Anteil von Solar- und Windstrom steigt der Bedarf an Flexibilität.

Dazu gehören Pumpspeicherwerke, Batteriespeicher, flexible Industrieprozesse, Lastverschiebung und Vehicle-to-Grid-Systeme bei Elektroautos.

Die Frage lautet künftig weniger «Wie viel Strom wird produziert?» als vielmehr «Wann steht er zur Verfügung?».

2.1.7 Investitions- und Planungssicherheit

Kraftwerke haben Investitionshorizonte von 40 bis 80 Jahren. Für Investoren sind deshalb stabile gesetzliche Rahmenbedingungen, rasche Bewilligungsverfahren, verlässliche Förderinstrumente und Rechtssicherheit wichtig. Unsicherheit führt häufig dazu, dass Projekte verzögert oder gar nicht realisiert werden.

2.2 Beantwortung der Fragen

2.2.1 Verfassungsauftrag und Rolle des Kantons: Wie sieht der Regierungsrat seine Zuständigkeit respektive seine konkrete Rolle, um gemäss Art. 89 der Bundesverfassung eine sichere und wirtschaftliche Energieversorgung für den Kanton Schwyz zu gewährleisten?

Innerhalb der föderalen Kompetenzordnung der Schweiz nimmt der Regierungsrat die Funktion einer kantonalen Vollzugs-, Steuerungs- und Koordinationsbehörde wahr. Die Kantone sind für die Umsetzung der energiepolitischen Vorgaben des Bundes in ihrem Zuständigkeitsbereich verantwortlich. Gemäss Art. 89 Abs. 4 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (BV, SR 101) kommt ihnen dabei insbesondere im Gebäudebereich eine zentrale Rolle zu. Der Regierungsrat ist deshalb für den Erlass und den Vollzug der energierechtlichen Bestimmungen im Gebäudebereich zuständig. Damit trägt er zu einem effizienten Energieeinsatz in Gebäuden, zur Förderung energetischer Sanierungen sowie zum Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien bei.

Für die Stromproduktion ist die Wirtschaft beziehungsweise sind die Energieversorger zuständig. Das Bundesamt für Energie (BFE) gestaltet die Rahmenbedingungen und die langfristige Planung.

2.2.2 Heimfall Wägital und Winterstrom: Wie könnte ein Heimfall des Kraftwerks Wägital (2040) bezüglich der künftigen Organisation und Trägerschaft (z.B. Gründung einer kantonalen Gesellschaft) konkret ausgestaltet werden? Teilt der Regierungsrat die Einschätzung, dass die Kapazitäten des Wägitals – auch bei einer Übernahme – nicht ausreichend und zu stark witterungsabhängig sind, der Winterstromlücke entgegenzuwirken?

Die bestehende Konzession für das Kraftwerk Wägital läuft Ende 2040 aus. Die AG Kraftwerk Wägital (AKW) hat Mitte Januar 2025 fristgerecht das Gesuch zur Erneuerung der Konzession eingereicht. Dieses bildet die Grundlage für die nun folgende Prüfung der Handlungsoptionen zukünftiger Trägerschaften sowie die weiteren Verhandlungen über die Bedingungen einer Konzessionserneuerung. Im Kanton Schwyz liegt die Zuständigkeit für die Erteilung von Konzessionen zur Nutzung öffentlicher Fließgewässer bei den Bezirken. Im vorliegenden Fall ist der Bezirk March Konzessionsgeber. Gemäss § 36 Abs. 2 des Wasserrechtsgesetzes vom 11. September 1973 (KWRG, SRSZ 451.100) würde das Kraftwerk je zur Hälfte an den Bezirk March und den Kanton Schwyz heimfallen. Ziel des Regierungs- und Bezirksrats ist es, eine mehrheitliche Beteiligung am Pumpspeicherwerk aus dem Kanton Schwyz sicherzustellen. Gleichzeitig soll damit die langfristige Versorgungssicherheit gestärkt und der Bevölkerung bezahlbare Energie zur Verfügung gestellt werden. Der Weiterbetrieb und die Optimierung der Anlage werden angestrebt. Eine weitere Zusammenarbeit mit den bisherigen Kraftwerksbetreibern Axpo und Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (EWZ) wird ebenfalls geprüft. Die Gespräche zwischen den Kraftwerksbetreibern, dem Bezirk March und dem Kanton Schwyz wurden bereits aufgenommen. Dabei soll eine sachgerechte und für alle Beteiligten tragfähige Lösung erarbeitet werden.

Der Regierungsrat teilt die Einschätzung, dass die Wasserkraft des Wägitals einen wichtigen Bestandteil der Versorgungssicherheit darstellt, da das Kraftwerk heute primär als Speicherkraftwerk betrieben wird. Als allein ausreichende Lösung gegen die zunehmende Winterstromlücke genügt dies jedoch nicht. Eine allfällige kantonale Beteiligung am Kraftwerk Wägital könnte die strategische Einflussnahme an die künftige Ausrichtung der Wasserkraftproduktion im Wägital verstärkt

beeinflussen und das Potenzial für eine verstärkte Pumpspeichernutzung begünstigen, um die zunehmenden kurzfristigen Überschüsse aus der neuen erneuerbaren Energieproduktion zu speichern.

2.2.3 Opportunität KKG-Anteile: Ist der Regierungsrat bereit, den Kauf der Zürcher 15-Prozent-Beteiligung am Kernkraftwerk Gösgen als verlässliche Quelle für Winterstrom ernsthaft zu prüfen, insbesondere mit dem Ziel, die daraus resultierenden Erträge für eine flächendeckende Senkung der Schweizer Netzkosten (für Haushalte, KMU und Tourismus) einzusetzen?

Der Vorsteher des Umweltschutts zusammen mit Vertretern des Amtes für Umwelt und Energie (AfU) haben im Rahmen der Prüfung einer möglichen Übernahme des Aktienanteils der Stadt Zürich am Kernkraftwerk Gösgen-Däniken (KKG) Kontakt mit dem Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz) aufgenommen und sich mit dem zuständigen Stadtrat sowie der Direktion des ewz persönlich ausgetauscht.

Die Gespräche haben ergeben, dass der Verkauf des Aktienanteils nach Einschätzung des Stadtrats Zürich aufgrund der bestehenden Partnerverträge mit den übrigen Aktionären äusserst schwierig ist, grundsätzlich jedoch denkbar wäre. Zu berücksichtigen ist insbesondere, dass die übrigen Aktionäre gemäss Partnerschaftsvertrag über ein Vorkaufsrecht verfügen und dieses bei einer Veräusserung voraussichtlich ausüben würden. Sollte das Vorkaufsrecht nicht ausgeübt werden, wären die vertraglich vorgesehenen Zustimmungserfordernisse zu beachten.

Der Regierungsrat steht einer Übernahme aus verschiedenen Gründen ebenfalls sehr skeptisch gegenüber. Einerseits ist der Wert des Aktienanteils aufgrund der langfristigen Verpflichtungen und der unsicheren Entwicklung der Strompreise schwierig abzuschätzen. Andererseits sind mit einer Übernahme erhebliche finanzielle Risiken und langfristige Kostenverpflichtungen verbunden. Gemäss Einschätzung des Stadtrats Zürich ist für eine fundierte Bewertung der Beteiligung der Beizug externer Fachspezialisten erforderlich.

Für die Bewertung der Beteiligung am KKG sind insbesondere folgende Faktoren massgebend: Entwicklung der Strompreise in einem volatilen Marktumfeld, verbleibende Laufzeit bis zur Stilllegung des KKG, anfallende Betriebs- und Unterhaltskosten, Kosten für Rückbau und Stilllegung sowie Kosten für die Entsorgung der radioaktiven Abfälle einschliesslich der langfristigen Kosten im Zusammenhang mit dem geologischen Tiefenlager.

Das Aktienkapital des KKG beträgt insgesamt 350 Mio. Franken. Die Stadt Zürich hält eine Beteiligung von 15 %, was einem Anteil am Aktienkapital von 52.5 Mio. Franken entspricht. Dieser Wert kann jedoch nicht mit dem tatsächlichen Markt- bzw. Veräusserungswert der Beteiligung gleichgesetzt werden. Aufgrund der oben genannten Faktoren lässt sich aus dem Anteil am Aktienkapital keine verlässliche Aussage über einen möglichen Verkaufspreis ableiten.

Gemäss Auskunft des Stadtrats Zürich haben sich bisherige Interessenten nach ersten exploratorischen Gesprächen wieder zurückgezogen.

Mit einer Beteiligung am KKG sind neben den Erträgen aus der Stromproduktion auch langfristige finanzielle Verpflichtungen verbunden. Die Aktionäre tragen gemeinsam die finanziellen Verpflichtungen für den Betrieb, die Stilllegung und die Entsorgung. Diese Verpflichtungen enden nicht mit der Stilllegung des Kraftwerks. Auch danach fallen über einen langen Zeitraum Kosten für den Rückbau der Anlagen, die Entsorgung der radioaktiven Abfälle sowie für die weiteren erforderlichen Massnahmen im Zusammenhang mit dem geologischen Tiefenlager an.

Die mit dem Betrieb, der Stilllegung und der Entsorgung verbundenen Kosten werden über die dafür vorgesehenen Finanzierungsmechanismen und Rückstellungen sichergestellt. Für die Beurteilung einer möglichen Übernahme ist deshalb nicht nur die erwartete Stromproduktion während der verbleibenden Betriebsdauer, sondern auch die langfristige Entwicklung der damit verbundenen Kosten und Verpflichtungen sowie die Risiken zu berücksichtigen. Der ungeplante Ausfall des KKG im letzten Winter (rund zehn Monate) hat allein für die Stadt Zürich Mehrkosten im

mittleren zweistelligen Millionenbereich verursacht, da bereits verkaufter Gösgen-Strom am Strommarkt teuer beschafft werden musste.

Die Einnahmen aus einer Übernahme der 15 %-Beteiligung würden sich insbesondere aus der Vermarktung des auf diese Beteiligung entfallenden Stromanteils ergeben. Dieser entspricht gemäss den Angaben des ewz durchschnittlich rund 1 200 Gigawattstunden pro Jahr (GWh/a). Die entsprechende Strommenge müsste durch den neuen Aktionär selbst vermarktet werden. Die damit verbundenen Erträge sind aufgrund der Entwicklung der Strompreise am Markt entsprechend mit Unsicherheiten verbunden.

Nach der Stilllegung des KKG entfallen die Erträge aus der Stromproduktion, während weiterhin langfristige Verpflichtungen und Kosten für die Stilllegung und Entsorgung bestehen. Dies stellt einen wesentlichen Faktor bei der wirtschaftlichen Beurteilung einer Übernahme dar.

Die von den Interpellanten angestrebte Verwendung allfälliger Erträge aus der Beteiligung zur Senkung der Schwyzer Netznutzungskosten ist unabhängig davon zu beurteilen. Die Netznutzungstarife werden auf Grundlage des Bundesgesetzes über die Stromversorgung vom 23. März 2007 (Stromversorgungsgesetz, StromVG, SR 734.7) und der darauf basierenden Vorgaben auf nationaler Ebene bestimmt. Gemäss Art. 14 StromVG müssen die Netznutzungstarife insbesondere die von den Endverbrauchern verursachten Netzkosten widerspiegeln und unabhängig von der Distanz zwischen Ein- und Ausspeisepunkt sein (sogenanntes Briefmarkenprinzip). Die anrechenbaren Netzkosten sind in Art. 15 StromVG geregelt und umfassen insbesondere die Betriebs- und Kapitalkosten eines sicheren, leistungsfähigen und effizienten Netzes sowie weitere gesetzlich anrechenbare Kosten.

Der Regierungsrat ist bereit, die Opportunität einer Übernahme zu prüfen. Aufgrund der hohen Komplexität, der langfristigen finanziellen Verpflichtungen und der erheblichen wirtschaftlichen Risiken erachtet er einen Erwerb derzeit jedoch nicht als vorteilhaft. Zudem besteht kein unmittelbarer Zusammenhang zwischen einer KKG-Beteiligung und einer Senkung der regulierten Netznutzungstarife.

2.2.4 Kantonale Produktion (Wind, Solar, Geothermie): Wie beurteilt der Regierungsrat das realistisch realisierbare Potenzial von Windenergie (unter Berücksichtigung von Abstandsregeln zu Wohngebäuden im Windgebiet) und alpinen Solaranlagen im Kanton Schwyz? Wie ordnet er zudem die zeitliche und technologische Machbarkeit der Tiefengeothermie ein, deren erste Messresultate frühestens Ende 2026 vorliegen, um die Winterstromlücke in absehbarer Zeit verlässlich und in relevanter Menge zu schliessen?

Der Regierungsrat beurteilt das Potenzial der Stromproduktion mit Windkraft eher zurückhaltend. Gemäss der im Richtplan ausgewiesenen geeigneten Windenergiegebiete könnte bei einem vollständigen Ausbau der Windenergie die heutige Stromproduktion im Kanton Schwyz um rund 10 % erhöht werden. Gleichzeitig geht der Regierungsrat jedoch von einem erheblichen politischen Widerstand aus, was die Realisierbarkeit konkreter Projekte aus Sicht von Investoren deutlich erschwert und deren Umsetzung entsprechend hemmen dürfte.

Das Potenzial der Solarenergie wird demgegenüber deutlich höher eingeschätzt. Besonders im Fokus steht der Ausbau von Photovoltaikanlagen auf bestehenden Infrastrukturen. Deren Jahresproduktion betrug im Jahr 2025 bereits 141 Gigawattstunden (GWh) und deckte damit 24.9 % der kantonalen Stromproduktion. Gemäss Energie- und Klimaplanung soll dieser Wert bis 2035 auf rund 153 GWh pro Jahr steigen. Der Regierungsrat geht aktuell davon aus, dass das Zwischenziel 2035 erfüllt werden kann.

Zusätzlich sind die Kantone gemäss Art. 10 des Energiegesetzes vom 30. September 2016 (EnG, SR 730.0) verpflichtet, die für die erneuerbare Energieproduktion von nationalem Interesse notwendigen Räume zu evaluieren und im Richtplan zu bezeichnen. Aktuell ermittelt das Amt für Umwelt und Energie geeignete Gebiete für grosse Photovoltaikanlagen ausserhalb der Bauzone mit einem hohen Winterstromanteil.

Gemäss Entwurf des Grundlagenberichts liegt das theoretische Winterstrompotenzial der vorgeschlagenen Gebiete bei knapp 100 GWh. Eine zentrale Voraussetzung für diesen ambitionierten Ausbaupfad ist jedoch, dass künftige Anlagen vermehrt netzdienlich betrieben werden können. Langfristig setzt dies zudem eine verstärkte Integration von Energiespeicherlösungen voraus.

Das Potenzial der Tiefengeothermie im Kanton Schwyz wird derzeit untersucht. Aus heutiger Sicht erscheint das Potenzial zur Stromproduktion jedoch eher begrenzt, respektive aufgrund der geologischen Ausgangslage mit mächtigen Sedimentüberdeckungen als schwierig zu erschliessen. Dies stellt mögliche Investoren vor grosse wirtschaftliche Risiken. Eine mögliche Nutzung der Tiefengeothermie würde dennoch beträchtliche Wärmemengen liefern, die über die im Kanton Schwyz gut ausgebauten Fernwärmenetze effizient genutzt werden könnten. Dies würde gleichzeitig zu einer Entlastung der Stromversorgung beitragen, da der Bedarf an elektrisch betriebenen Wärmepumpen zur Deckung des Raumwärmebedarfs entsprechend reduziert werden könnte.

2.2.5 Struktur der Stromversorgung: Erachtet der Regierungsrat die aktuelle, historisch gewachsene Struktur mit den vielen kleinteiligen Verteilnetzbetreibern im Kanton Schwyz als zeitgemäss und optimal aufgestellt, um in Zukunft eine wirtschaftliche und sichere Stromversorgung zu gewährleisten?»

Der Regierungsrat anerkennt die historisch gewachsene Struktur mit zahlreichen, teilweise sehr kleinen kommunalen und regionalen Verteilnetzbetreibern grundsätzlich als gegeben und funktional. Diese Struktur wird nicht grundsätzlich infrage gestellt, insbesondere weil sie schweizweit stark föderal geprägt ist und die Versorgungssicherheit lokal gut verankert ist. Er geht aber davon aus, dass die Verteilnetzbetreiber sich im Zuge der Energiewende funktional weiterentwickeln und stärker zusammenarbeiten müssen oder fusionieren werden, um die künftigen Anforderungen an die Stromversorgung zu erfüllen.

Beschluss des Regierungsrates

1. Erlass der vorliegenden Antwort zuhanden des Kantonsrates.
2. Zustellung: Mitglieder des Kantonsrates.
3. Zustellung elektronisch: Mitglieder des Regierungsrates; Staatsschreiber; Sekretariat des Kantonsrates; Umweltdepartement; Amt für Umwelt und Energie.

Im Namen des Regierungsrates:

Dr. Mathias E. Brun
Staatsschreiber

